



Presseschau vom 01.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Armin Siebert: McKinsey & Co – externe Regierungsberater kassieren Millionen

Das Leben wird immer komplexer. Um den Überblick nicht zu verlieren, setzt die Bundesregierung nicht nur auf verschiedene Ressorts, sondern auch auf externe Berater. Dies sind meist dieselben großen Firmen und Kanzleien, die für horrenden Honorare Staatsaufträge erhalten. ...

<https://snanews.de/20210201/regierungsberater-millionen-ausgaben-742781.html>

Vanessa Beeley: Böses Omen für Syrien: Biden überlässt Obamas Kriegsfalken wichtige Positionen in der Regierung

Auch unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden gilt in Bezug auf Syrien: Das Land soll weiter destabilisiert werden, um einen "Regimewechsel" zu erzwingen. Sein Amtsvorgänger Donald Trump setzte zu diesem Zweck vor allem auf wirtschaftliche Druckmittel. Unter Biden könnten dagegen militärische Optionen wieder in den Vordergrund treten. ...

<https://kurz.rt.com/2eqk>

Paul Linke: „Neoliberaler Evergreen“ – Altmaiers umstrittener Tafelsilber-Vorstoß

Die Einschränkungen des Staates in der Corona-Pandemie bringen enorme Kosten mit sich. Nun will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier prüfen, ob das Tafelsilber des Bundes zu Geld gemacht werden kann. Das machte er gegenüber der „Welt am Sonntag“ deutlich. Dagegen formiert sich Widerstand. ...

<https://snanews.de/20210201/altmaiers-tafelsilber-vorstoss-745543.html>

de.rt.com: **LMU-Statistiker: Keine Corona-Übersterblichkeit – Deutsche Datenqualität "einzige Katastrophe"**

Übersterblichkeit oder nicht? Kaum eine Frage ist für das Corona-Geschehen 2020 entscheidender. Der Statistiker Göran Kauermann kritisiert den allzu laxen Umgang mit den entsprechenden Zahlen. Eine Übersterblichkeit geben die Zahlen laut dem Experten nicht her.

...

<https://kurz.rt.com/2ev2>

abends/nachts:

wpered.su: **Niemand ist vergessen, nichts ist vergessen**

Am 28. Januar 2021 fand auf Initiative des Moskauer Stadtkomitees der KPRF, der Kommunistischen Partei Litauens, der Litauischen Sozialistischen Volksfront und des Verbandes der Menschenrechtsbeobachter Litauens eine Zoom-Konferenz zum Thema „Die Ereignisse des Januar 1991 in Litauen: Wahrheit, Einschätzung und Folgen“. Die Veranstaltung war dem 30. Jahrestag der Ereignisse auf dem Territorium der Baltischen Sowjetrepublik gewidmet, die in der sowjetischen und Weltöffentlichkeit ein breites Aufsehen hervorriefen und faktisch den Prozess des Beginns des Zerfalls der UdSSR in Gang brachten. Es muss daran erinnert werden, dass im Januar 1991 Einheiten der Streitkräfte der UdSSR und des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR versuchten, die kriminelle, staatsfeindliche, russophobe, antisowjetische, konterrevolutionäre und extremistische Tätigkeit der Nationalseparatisten, die die Macht in der Litauischen SSR ergriffen hatten und einen breit angelegten Angriff auf die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung der Republik entfacht hatten, zu unterdrücken. Aber die „Weltgemeinschaft“ und die „fünfte Kolonne“ innerhalb unseres Landes inspirierten eine Serie von Provokationen gegen die Befürworter der Unabhängigkeit und staatlichen Einheit der Sowjetunion. Sie entfachten nicht einfach eine äußerst heftige Informationskampagne gegen die KPdSU, gegen die Sowjetmacht, gegen die Sowjetarmee und die sowjetischen Staatssicherheitsorgane. Ein Mechanismus wurde in Gang gesetzt, der im weiteren in Moskau im Oktober 1993 und in Kiew Anfang 2014 eingesetzt wurde, als vom Westen bezahlte Kämpfer (oder Angehörige militärischer Strukturen von EU-Ländern) in bester Eintracht mit ihren örtlichen politischen Handlangern eine Schießerei gegen die Menschen initiierten und in der Folge die sowjetische Regierung beschuldigten (die Rede ist hier von den Januar-Ereignissen des Jahres 1991). Leider gewannen die prowestlichen nationalistischen Kräfte für eine bestimmte Zeit die Oberhand. Ihre Politik brachte dem Land nicht nur einen Zerfall der Produktivkräfte, nicht nur eine Verelendung und soziale Spaltung. In ganz Litauen (und allen baltischen Republiken im ganzen) begann nach 1991 eine Hexenjagd, als von Staatsanwälten, Richtern und Polizisten, die sich der neuen örtlichen Marionettenregierung verkauft hatten, mit aktiver moralischer und informationsmäßiger Unterstützung von Seiten nicht minder käuflicher informationspolitischer Kreise wahre Patrioten der Sowjetunion, Kommunisten, arbeitende Menschen im allgemeinen in die Kerker geworfen wurden.

Von all dem war am 28. Januar in der Zoom-Konferenz die Rede.

Bei der Veranstaltung waren Vertreter des Parteiaktivs der Hauptstadt anwesend. Bei der Konferenz wurden über den Bildschirm auch Beiträge von Kommunisten und Komsomolzen aus verschiedenen Regionen Russlands, von Vertretern der internationalen kommunistischen, Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung übertragen.

Die Konferenz moderierte die Koordinatorin der Interbrigade des Moskauer Stadtkomitees

der KPRF, das Mitglied des Büros des Moskauer Stadtkomitees der KPRF, die erste Sekretärin der örtlichen Parteiorganisation der KPRF „Sewastopolskoje“ T.I. Desjatowa und der Vorsitzende der Sozialistischen Volksfront Litauens Giedrius Grabauskas. Während der Veranstaltung sprachen vor Ort bzw. online einer der Führer der Kommunistischen Partei Litauens auf der Plattform der KPdSU, der ehemalige politische Gefangene des „unabhängigen“ Litauen, der Sekretär des Rats der SKP-KPSS Doktor der Geschichtswissenschaften, Prof. J.J. Jermalavičius, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der DVR B.A. Litwinow, das Mitglied des Präsidiums der Gewerkschaftsföderation der LVR, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Arbeiter in innovativen und kleinen Unternehmen Andrej Kotschetow, der stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens Josef Skala, der Vorsitzende des Verbands der Menschenrechtsbeobachter Litauens Donatas Šulcas, der Chefredakteur des Portals Rubaltic.ru Alexandr Nossowitsch, O.M. Tscheremetjew, dem kürzlich gesetzeswidrig sein Abgeordnetenmandat in der Moskauer Stadtduma (Fraktion der KPRF) entzogen wurde, das Mitglied des Moskauer Stadtkomitees der KPRF M.B. Tschistyj, der internationale Sekretär der Partei Pol der Kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich Aymeric Monville, die Vertreterin der Ungarischen Arbeiterpartei Marina Pilajeva, das Mitglied des PV der Deutschen Kommunistischen Partei Renate Koppe, der französische Historiker René Barchi, der Vertreter der Front Polisario in der Russischen Föderation Ali Salem Mohamed, der Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kataloniens Albert Santin, Vertreter des Komsomol aus Pensa, der Chefredakteur einer syrischen Agentur, der erste Übersetzer des „Kapital“ von Karl Marx ins Arabische usw. An der Konferenz nahmen auch der Koordinator der Interbrigade des Moskauer Stadtkomitees der KPRF, der Leiter des Apparats der Fraktion der KPRF in der Moskauer Stadtduma, das Mitglied des Büro des Moskauer Stadtkomitees der KPRF, der erste Sekretär der örtlichen Parteiorganisation der KPRF „Krasnogwardejskoje“ S.K. Timochow, die Leiterin der Abteilung für Agitation und Propaganda des Moskauer Stadtkomitees der KPRF L.W. Wosnesenskaja, Mitarbeiter des Apparats des Moskauer Stadtkomitees der KPRF, Sekretäre von Bezirkskomitees usw. teil.

Die Sprecher berührten verschiedene Seiten der Ereignisse von vor 30 Jahren – von der Widerlegung antisowjetischer und russophober Stereotype über die Gefechte im Januar 1991 bis zu den Folgen des prowestlichen neonazistischen Staatsstreich. Dabei wurden nicht nur die destruktiven Ergebnisse von von den „Eurointegratoren“ betriebenen Politik hervorgehoben, sondern auch die Verstärkung des repressiven Charakters der örtlichen herrschenden Regime. Und der Kurs auf die sogenannten „Unabhängigkeit“ brachte nicht Stabilität und Aufblühen, denn sie wurden „unabhängig“ vom Status eines großen Staates in Gestalt der Sowjetunion, von den Verpflichtungen gegenüber dem Volk, vom Gewissen, von der historischen Pflicht. Und natürlich ist es unmöglich eine solche Gesetzlosigkeit bis zum Ende des Jahrhundert zu ertragen, die Augen vor dem Geschehen zu verschließen. Es wurden verschiedene Vorschläge vorgebracht, die auf die Aktivierung des Kampfes gegen den Vorstoß des „Globalismus“ und seiner braunen Helfershelfer zu gerichtet waren. Einzelne Redner äußerten Aufrufe, das entsprechende Problem in Appellen an das EU-Parlament aufzuwerfen. Aber andere entgegneten ihnen begründet, dass von dieser Struktur die Wahrheit nicht zu erwarten ist. Denn dem westlichen Kapital kommt die Aktivierung von Prozessen, die zu einer endgültigen Spaltung der Brudervölker der gewaltsam zerstückelten UdSSR führen, entgegen. In der Folge erhalten die „Globalisten“ neue Möglichkeiten einer grenzenlosen Ausbeutung unserer Ressourcen und unserer Bevölkerung. Nach dem Prinzip „teile und herrsche“, des Gegeneinanderausspielens des sowjetischen Volks senken sie neben allem anderen den Grad seines zukünftigen potentiellen Widerstands gegen die proamerikanische imperialistische (bisher) nicht militärische Besatzung. Deshalb waren Gedanken zu hören, dass es zielführend sei, die Aktivität linker Massenmedien zu verstärken, dem Volk die historische und politische Wahrheit zu vermitteln. Dabei darf nicht der Sozialismus als

wirkliche Alternative zum von der „neuen Weltordnung“ aufgezwungenen System vergessen werden. Nur eine grundlegende Änderung des Entwicklungsmodells wird die Voraussetzungen für eine Ausmerzung der Russophobie, des Antisowjetismus und des Nationalismus, für die Wiedervereinigung der Völker der UdSSR durch das Abtreten der objektiv am Gegenteil interessierten Klasse von der historischen Bühne schaffen.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/01/Litva-720x340.jpg>

snanews.de: **Neun Millionen zusätzliche Dosen: AstraZeneca liefert EU nun doch mehr Corona-Impfstoff**

Das britisch-schwedische Pharmaunternehmen AstraZeneca will nach Angaben aus Brüssel im ersten Quartal nun doch mehr Vakzine gegen das Coronavirus an die Europäische Union (EU) liefern als vor einer Woche angekündigt.

Es kämen neun Millionen Dosen hinzu, also insgesamt 40 Millionen Dosen, teilte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Sonntagabend auf Twitter mit. Das ist die Hälfte der ursprünglich anvisierten Menge von 80 Millionen Dosen.

Laut von der Leyen will AstraZeneca auch eine Woche früher mit der Lieferung beginnen als geplant. Die Firma wolle zudem ihre Produktionskapazität in Europa ausbauen.

Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides sprach von einer guten Nachricht und einem guten Schritt nach vorn.

AstraZeneca hatte vor gut einer Woche überraschend mitgeteilt, im ersten Quartal statt 80 Millionen nur 31 Millionen Dosen Impfstoff an die EU-Staaten zu liefern. Die EU reagierte empört und setzte die Firma unter Druck, die Lieferkürzung zurückzunehmen. Das soll laut von der Leyen nun zumindest zum Teil geschehen. Der Impfstoff ist seit Freitag in der EU für Erwachsene ohne Altersbegrenzung zugelassen. In Deutschland empfiehlt die Ständige Impfkommission das Mittel aber nur für Erwachsene unter 65 Jahren.

Von der Leyen besprach sich am Sonntag in einer Videoschleife mit den Chefs von sieben Impfstoff-Herstellern, mit denen die EU Lieferverträge hat. Danach erklärte sie, es sei wichtig, die zurzeit begrenzten Produktionskapazitäten auszubauen.

Sie kündigte an, im Kampf gegen künftig drohende Pandemien eine neue Behörde namens HERA gründen zu wollen, die gemeinsam mit dem Privatsektor neue Gefahren früh erkennen und passende Antworten geben soll.

vormittags:

wpered.su: **Zum Tag des Sieges wird die KPRF einen weiteren humanitären Konvoi in den Donbass schicken**

Am 26. Januar fand eine Sitzung des Gesamtrussischen Stabs für Protestaktivitäten unter

Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPRF Wladimir Kaschin statt. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Unter anderem erörtern die Anwesenden die Vorbereitung und Entsendung eines weiteren humanitären Konvois in den Donbass. Er wird zum 9. Mai anberaumt und ist für Veteranen, „Kindern des Krieges“ und denjenigen, die heute die Volksrepubliken verteidigen vorgesehen.

snanews.de: **Putsch in Myanmar – Aung San Suu Kyi wieder festgenommen**

In Myanmar hat das Militär die zivile Führung des südostasiatischen Landes um De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi entmachtet und den Notstand ausgerufen. Das ließ die Armee am Montag über den von ihr kontrollierten Fernsehsender Myawaddy verkünden, meldet dpa.

Der frühere General und bisherige Vize-Präsident Myint Swe fungiere nun als Übergangsoberhaupt. Die eigentliche Macht liegt demnach aber bei Armeechef Min Aung Hlaing, der während des für die Dauer eines Jahres ausgerufenen Notstands die oberste Befehlsgewalt innehat.

Auf den Straßen der Hauptstadt Naypyidaw und der größten Stadt Yangon patrouillierten am Montag Soldaten. Telefonleitungen und das Internet in Naypyidaw wurden Berichten zufolge gekappt. Berichte über gewaltsame Zwischenfälle gab es zunächst nicht.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat die Übernahme der Regierungsmacht und Aufhebung der Gewaltenteilung durch das Militär verurteilt. Die Partei von Suu Kyi, NLD, sei vom Volk gewählt worden und zeige ein Sehnen der Bürger nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden.

Eine Reihe von Ländern verurteilten ebenfalls die Geschehnisse. Auch der Anführer der in Myanmar unterdrückten Minderheit Rohingya sagte gegenüber Reuters, die Gemeinde missbillige diesen Versuch, „die Demokratie zu töten“.

Aung San Suu Kyi, die wohl bekannteste politische Figur in Myanmar, die jahrelang unter Hausarrest gestellt wurde, kam 2015 an die Macht, als ihre Partei NLD die Wahlen gewann. Obwohl sie im eigenen Land sehr beliebt ist, geriet sie seit ihrem Machtantritt auch unter Kritik wegen der staatlichen Diskriminierung der Rohingya und ihres Schweigens zur Gewalt gegen die muslimische Minderheit.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/01/739137_0:302:3072:2030_1280x0_80_0_0_adb9180e44822d3f14cca516272806f.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 31. Januar 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

22:45 Uhr Nowoalexandrowka – Kalinowo Borschtschewatoje, Granatwerfer (6 Schüsse). Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Paris ruft Berlin zum Ausstieg aus Nord Stream 2 auf**

In Zusammenhang mit der Situation um den russischen Kremlkritiker Alexei Nawalny hat Frankreichs Europa-Staatssekretär Clément Beaune im Gespräch mit dem Sender France Inter einen Ausstieg Deutschlands aus Nord Stream 2 unterstützt.

„Wir haben immer gesagt, dass wir in diesem Kontext große Zweifel an diesem Projekt hatten“, sagte Beaune.

Auf die Frage, ob Frankreich den Ausstieg Deutschlands aus dem Gasprojekt unterstützt, antwortete Beaune: „Das haben wir eigentlich schon gesagt“.

Die Pipeline zwischen Russland und Deutschland ist fast fertig, es fehlen nur noch wenige Kilometer in dänischen und deutschen Gewässern. Die USA wollen die Vollendung der Pipeline mit Sanktionen verhindern, auch einige osteuropäische Staaten kritisieren den Bau. Sie argumentieren, dass die Gasleitung Europa in eine zu große Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen bringe. Befürworter der Pipeline werfen den USA vor, nur ihr Flüssiggas besser verkaufen zu wollen. In den letzten Monaten wurden die Aufrufe zum Ausstieg Deutschlands aus dem Projekt lauter – in Zusammenhang mit der Affäre um den wohl vergifteten oppositionellen Blogger Alexei Nawalny.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0a/99050_0:0:3417:1923_1280x0_80_0_0_9fa9db347c511eea5dbc9896a554b2.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. Januar 3:00 Uhr bis 1. Februar 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – zweimal (16 Mörsergeschoss); Antipanzergranatwerfer – 4 Granaten.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Leninskoje, Kominternowo.

Um 6:45 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Wodjanoje registriert.

Um 18:50 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Peski festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 20.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Nord Stream 2 – „Russland könnte vor Gericht gehen, aber besser wäre...“**
Um die Gaspipeline Nord Stream 2 vor dem Zugriff fremder Sanktionen zu schützen, könnte Russland auch gerichtlich vorgehen, sagte Dmitri Medwedew, derzeitiger Vize-Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, gegenüber Medien. Ratsam wäre aus der Sicht des Politikers jedoch eine andere Lösung.

Ein Gericht in der Sache Nord Stream 2 zu bemühen, sei für Russland natürlich eine Möglichkeit, erklärte Dmitri Medwedew gegenüber russischen Medien. „Sollte es doch noch Anlässe dafür geben, kann man natürlich ein Gericht anrufen“, sagte der Politiker. Auch ein amerikanisches Gericht käme „möglicherweise, potenziell“ dafür in Frage. Nur hätte Russland absolut keine Gewissheit, dass die US-Justiz in dieser Angelegenheit „eine objektive Position“ einnehmen würde, so Medwedew. Ohnehin würde ein Verfahren dieser Art zu lange dauern; vorher wäre zu klären, in wessen Zuständigkeit die Streitigkeit überhaupt falle. Er sei grundsätzlich für eine gerichtliche Klärung von Streitigkeiten, hob Dmitri Medwedew hervor. Doch gerade in dieser Angelegenheit sei der Standpunkt der Staats- und Regierungschefs sowie der Wirtschaft „deutlich wichtiger“. „Sie sind es, die hier ihr Wort sagen müssen“, so der Politiker.

Gleichzeitig erklärte Medwedew, an der Fertigstellung von Nord Stream 2 bestehe kein Zweifel, denn die Pipeline werde in allen Ländern benötigt. Allerdings müsse Deutschland hier eine feste Position einnehmen und den Forderungen der USA nicht nachgeben. „Die Kollegen aus der Bundesrepublik sagen es im Grunde ja auch offen“, so der russische Politiker.

„Wenn sie eine feste Position einnehmen und Teile ihrer Souveränität nicht aufopfern, wie es in der Geschichte vorkam, dann wird (die Pipeline) zweifelsohne gebaut. Zumal sie bereits zu 90 Prozent fertig ist; es ist enorm investiert worden.“ Dabei betonte Medwedew wiederholt, dass alle Länder die Pipeline benötigen.

Hinsichtlich der Absichten der neuen US-Regierung bezüglich der russisch-europäischen Gaspipeline sagte Dmitri Medwedew, die Position des Weißen Hauses sei noch nicht abschließend bekannt, doch habe der neue Außenminister der Vereinigten Staaten, Antony Blinken, gesagt, man müsse weiterhin Druck auf Nord Stream 2 ausüben und einen Verzicht auf dessen Umsetzung erzwingen.

„In dieser Hinsicht haben sich die Prioritäten der US-Regierung nicht geändert“, so Medwedew. „Aber ich gehe immer davon aus, dass wirtschaftliche Gründe eine solche unverhohlene Politik in den allermeisten Fällen überbieten (...). Deshalb rechne ich damit, dass alles vollendet wird. Nur die Fristen sind noch fraglich. Wahrscheinlich werden wir uns noch ein wenig gedulden müssen.“ ...

Lug-info.com: In der LVR sind am 1. Februar um 9:00 2624 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2171 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 233 Todesfälle.

ukrinform.de: **Selenskyj: Ich habe eine sehr einfache Frage, Herr Präsident der Vereinigten Staaten, warum sind wir immer noch nicht in der NATO?**

Wolodymyr Selenskyj hofft, dass die Ukraine und die Vereinigten Staaten unter dem neu gewählten Präsidenten Joe Biden in eine neue Etappe der Beziehungen kommen werden, was die Sicherheit unseres Staates stärken wird.

Das sagte Wolodymyr Selenskyj in einem Interview mit Axios, berichtet Ukrinform unter

Bezugnahme auf Voice of America (voanews.com).

„Ich wünsche Joe Biden von Herzen viel Erfolg bei all den Herausforderungen, vor denen er stehen wird. Was die Ukraine betrifft, möchte ich, dass wir in eine neue Etappe kommen und einen neuen Weg einschlagen. Präsident Biden sagte, er sei besorgt und werde sich weiter Sorgen machen und für die Sicherheit in Europa arbeiten“, sagte Selenskyj.

Er erklärte, dass dies das Wichtigste für die Ukraine sei, „weil es bei der Sicherheit in Europa um uns geht“.

„In der Ostukraine geht der Krieg weiter, die Aggression der Russischen Föderation, die Annexion der Krim dauern an. Daher möchte ich, dass die Vereinigten Staaten und insbesondere Präsident Biden, der die Ukraine sehr gut kennt, uns helfen, aus dieser wirklich tragischen Situation herauszukommen“, sagte er.

Auf die Frage des Journalisten: „Was genau brauchen Sie von den USA?“, sagte Selenskyj: „Wir sind für alles dankbar. Aber wenn wir Ukrainer sind und die Ukraine ein gleichberechtigtes Mitglied des Bündnisses, ein gleichberechtigtes Mitglied der NATO sein möchte... Dies ist eine der wichtigsten Fragen der Sicherheit – genau der Sicherheit, über die Präsident Biden spricht. In diesem Fall habe ich eine sehr einfache Frage: Herr Präsident, warum sind wir immer noch nicht in der NATO?“.

Mzdnr.ru: Am 31. Januar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Labor gewartet und desinfiziert wird.

Am 1. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 20.426 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7838 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 10.786 als gesund entlassen, es gibt 1802 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 32 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 20 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 21 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1497 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 646 mit Sauerstoffunterstützung (+9 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

deu.belta.by: **Lukaschenko: Von Belarus werden nur friedliche Initiativen ausgehen**

Belarus will ein Staat sein, von dem nur friedliche Initiativen ausgehen. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute beim Arbeitstreffen mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Grenzschutz Anatoli Lappo, der dem Staatschef einen Bericht erstattete.

Im Vorjahr habe Belarus die staatliche Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Bemühungen gestellt, sagte Lukaschenko. „Manch einer konnte glauben, dass wir nur mit den Waffen rasseln wollten. Nichts dergleichen! Wir haben nie mit den Waffen gerasselt und wollen auch künftig dieser Politik treu sein. Wir wollen nach wie vor eine Insel der Sicherheit in Europa und ein Staat sein, von dem nur friedliche Initiativen ausgehen“, betonte der Staatschef.

Alexander Lukaschenko machte beim Treffen darauf aufmerksam, dass Belarus auf viele Herausforderungen und Bedrohungen zu reagieren habe. „Die Geschichte lehrt uns, dass wir immer bereit sein müssen, auf jede Provokation eine Antwort zu geben. An der Grenze tragen wir die doppelte Verantwortung – eine für uns selbst und eine für die Russen. Ich muss sagen, dass die Bewachung der Staatsgrenze in Belarus auf einem derart hohen Niveau ist, welches kein anderer Staat der Welt gewährleisten kann. Wir müssen dieses hohe Niveau aufrechterhalten.“

Nach der Entgegennahme des Berichts hat Alexander Lukaschenko den Plan für die Bewachung der Staatsgrenze 2021 genehmigt.

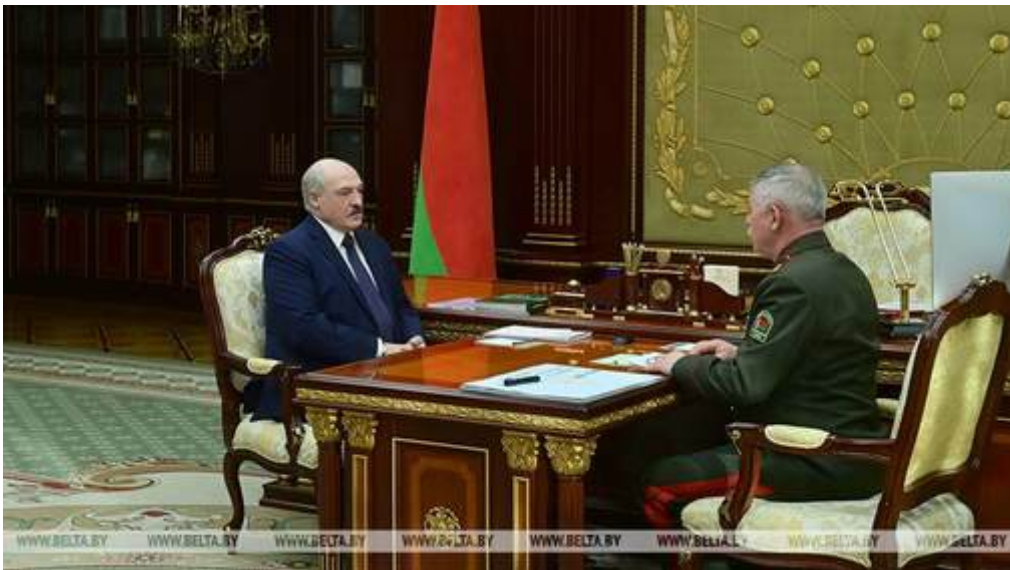
Wie das Komitee für Grenzschutz berichtete, blieb die Lage an der belarussischen

Staatsgrenze im Jahr 2020 stabil und kontrollierbar. Es hat keine Gefahren für Grenzsicherheit gegeben. Die Pandemie-bedingten Einreiseeinschränkungen führten dazu, dass es weniger grenzüberschreitende Zwischenfälle oder Verbrechen gab.

Dennoch bleiben Risiken und Herausforderungen hoch, die im Zusammenhang mit der illegalen Migration, Schmuggel und Schleusungskriminalität registriert werden. Belarus wurde nach wie vor als Transitland für illegale Migranten aus Problemregionen nach Europa angesehen.

Im Vorjahr haben die Grenzschutzbeamten 12 Drogenschmuggelkanäle zerstört und 45 extremistische Personen aufgedeckt. Die Zahl der Grenzverletzer ist von 4000 (2019) auf 1800 (2020) gesunken.

Das Komitee für Grenzschutz wird auch im Jahr 2021 seine Grenzinfrastruktur modernisieren und technisch aufrüsten.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1612176154_55530_big.jpg

lug-info.com: In der LVR ist die erste Partie russischen Impfstoffs gegen die Coronavirusinfektion eingetroffen. Künftig werden regelmäßige Lieferungen erwartet.

snanews.de: **Lettischer Staatschef: EU sollte ihre Sanktionen gegen Russland prüfen**
Lettlands Staatspräsident Egils Levits hat sich angesichts der Proteste in Russland für EU-Sanktionen gegen Moskau ausgesprochen. Gegenüber dem Deutschlandfunk sagte der Staatschef des baltischen EU- und Nato-Landes am Montag, die EU solle prüfen, ob ihr im vorigen Jahr beschlossener Sanktionsmechanismus in diesem Fall eingesetzt werden könne. Wie er glaube, sei eine symbolische und politische Unterstützung der Menschen in Russland jetzt richtig. „Das ist äußerst wichtig, das stärkt die Moral der Demokratiebewegung“, betonte Levits.

Er verwies auf die Erfahrung der baltischen Staaten, wo eine Demokratiebewegung vor 30 Jahren die Unabhängigkeit von der Sowjetunion erkämpft hatte. Die Massenproteste wie erneut in rund 100 Städten am Wochenende zeigten ein „nicht unerhebliches demokratisches Potenzial“ in Russland. Demokratie sei ein Grundwert der Europäischen Union. „Deshalb sind wir prinzipiell verpflichtet, zumindest politisch Demokratiebewegungen oder Forderungen nach Demokratie in der ganzen Welt zu unterstützen“, sagte Levits. Die baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland hatten schon bei einem EU-Außenministertreffen vor einer Woche für den Einsatz der Sanktionsregelung gegen Russland geworben. Diese ermöglicht es, Vermögenswerte von Akteuren einzufrieren, die

schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begehen oder davon profitieren. Zudem können gegen Personen Einreiseverbote verhängt werden. Die Bundesregierung hatte angekündigt, zunächst das für diesen Dienstag angesetzte nächste Gerichtsverfahren gegen Alexej Nawalny abzuwarten. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/01/745329_0:141:2935:1792_1280x0_80_0_0_d644705fcda97dc59875c6de96ee4db9.jpg

armiyadnr.su: Außerordentliche Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin zum Übergang des Soldaten der 1. Panzerbrigade der ukrainischen Streitkräfte A. Taranenko auf die Seite der Republik

Die moralische Zersetzung bei den Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone in der Folge dessen, dass sich das kommandierende Personal der Erfüllung seiner Pflichten entzieht und Kriegsverbrechen, die von Untergebenen verübt werden, verschwiegen werden, befördert die Zunahme nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen.

An uns hat sich ein Soldat eines mechanisierten Bataillons der 1. Panzerbrigade der ukrainischen Streitkräfte, der um sein Leben fürchtet, mit der Bitte, ihn vor der Willkür von Seiten seiner Kameraden zu schützen, um Hilfe gewandt.

Um das Leben des ukrainischen Bürgers zu bewahren, wurde am 28. Januar in Zusammenarbeit mit den militärischen Einrichtungen der Republik eine erfolgreiche Operation zur Gewährleistung des Übergangs des einfachen Soldaten Anatolij Taranenko auf unser Territorium durchgeführt. Derzeit erhält er psychologische Hilfe, sein Leben ist nicht bedroht.

Nach den Worten Anatolijs war Anlass für die Flucht die ständige physische Gewalt und moralische Erniedrigung von Seiten der Unteroffiziere Schkarlup, Korobka und Shurbenko, die auf Anweisung des Zugführers Leutnant Suschtschenkos unter Androhung von physischer Vergeltung einen Teil seines Solds für den Bataillonskommandeur Major Chajlo einzogen. Außerdem erzählte der Soldat, dass im Vorfeld des Übergangs zwei seiner Kameraden die Positionen verlassen haben und sich derzeit in Taramtschuk verstecken.

Es muss angemerkt werden, dass wir bis jetzt keine Anfragen über den Aufenthaltsort der Soldaten erhalten haben, was nur die Gleichgültigkeit des Brigadekommandos gegenüber dem ihm unterstellten Personal bestätigt.

Die Volksmiliz ist bereit, den Betroffenen die notwendige Hilfe zum Schutz ihrer Rechte und Freiheiten zu leisten und einen sicheren Übergang auf unsere Seite zu gewährleisten.

Die Führung der Republik kommt immer hilfsbedürftigen ukrainischen Soldaten entgegen, was man in Bezug auf die Kriegsverbrecher der Ukraine nicht sagen kann. Eine Bestätigung dafür ist der kürzliche Fall, als Strafsoldaten der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte einen Soldaten der Volksmiliz der LVR, der aufgrund schlechter Wetterbedingungen vom Weg abgekommen war, erschossen.

Das Kommando der Volksmiliz wendet sich an die Soldaten der Ukraine und ruft sie auf, die endlosen Ausschreitungen von Seiten des Kommandos und von kriminellen Kameraden nicht mehr zu ertragen.

Allen, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, ist der Erhalt von Leben und Gesundheit garantiert.

ukrinform.de: **Die Ukraine importiert wieder Strom aus Russland**

Am 1. Februar begann die Ukraine mit dem Import von Strom aus Russland.

Dies belegen die Daten des Verbands Europäischer Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E, berichtet Ukrinform.

So ist laut dem System geplant, am 1. Februar von 12.00 bis 15.00 Uhr und von 20.00 bis 21.00 Uhr 200 MWh stündlich zu liefern, von 21.00 bis 23.00 Uhr am selben Tag - je 100 MWh.

Den Strom wird das Unternehmen ONK-GROUP LLC liefern.

Am 2. Februar soll dasselbe Unternehmen schon 300 MWh stündlich in der Zeit von 12.00 bis 15.00 Uhr und von 20.00 bis 21.00 Uhr liefern. Von 21.00 bis 23.00 Uhr wird das Unternehmen je 200 MWh stündlich liefern.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa**

In den letzten Tagen nach der Durchführung des Forums „Russischer Donbass“ kommen im ukrainischen Medienraum die Diskussionen von Vertretern der Regierung, verschiedenen Beamten, Politikern und weiteren Personen darüber nicht zur Ruhe. Wir freuen uns, dass man in Kiew so beständig die Ereignisse in der Republik verfolgt und soviel Zeit für deren Kommentierung aufbringt.

Aber wir konnten eine Reihe offensichtlicher Widersprüche und nicht den Tatsachen entsprechender Thesen nicht ohne Aufmerksamkeit lassen, die unter anderem vom Leiter der ukrainischen Delegation in Minsk geäußert wurden. In erster Linie ist die Rede davon, dass die angenommene Doktrin „Russischer Donbass“ angeblich den Minsker Vereinbarungen widerspreche. Das ist aus mehreren Gründen grundlegend falsch: Erstens ist die Doktrin kein offiziell auf der Ebene von gesetzgebenden Organen angenommener normativ-rechtlicher Akt, sondern das Ergebnis der Arbeit der wissenschaftlichen, kulturellen und bildungspolitischen Gemeinschaft der Republik, das die Einstellung und die Bestrebungen der Einwohner des Donbass zum Ausdruck bringt. Und die Bestrebungen selbst wurden bereits 2014 zum Ausdruck gebracht und haben sich seitdem nicht geändert. Wenn die ukrainische Regierung tatsächlich die Meinung der Einwohner der Republik gehört hätte, die schon seit mehr als sechs Jahren auch in Minsk geäußert wird, würde sie die Annahme der Doktrin und der dort festgelegten Regelungen nicht so wundern.

Zweitens wäre es für die Vertreter Kiews auch nicht schlecht, ehe sie aufsehenerregende Aussagen in den Massenmedien machen, im Text des Maßnahmekomplexes nachzuschlagen. In den Anmerkungen zu Punkt 11 dieses Dokuments ist klar die Möglichkeit festgelegt, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation zu entwickeln, entsprechend verletzt die Republik nicht einfach nur die Minsker Vereinbarungen nicht, sondern handelt in dem von ihnen festgelegten Raum.

Und drittens zieht es die Ukraine, anstatt endlich mit konstruktiven Handlungen zur Aufhebung der Blockade der Verhandlungen, die ausschließlich durch die Schuld Kiews stagnieren, zu beginnen, vor, die Verantwortung auf die Vertreter der Republik abzuschieben und unbegründete Beschuldigungen an ihre Adresse zu verbreiten. Dennoch ist die Scheinheiligkeit und Absurdität dieser Beschuldigungen jedem klar, der auch nur ein wenig den Verlauf des Minsker Prozesses verfolgt.

So ist es für die ukrainische Regierung schon lange fällig, eine einfache und offensichtliche

Sache anzuerkennen: solange sie versucht, zu entscheiden, ob sie im Rahmen der Minsker Vereinbarungen bleibt oder sich aus ihnen zurückzieht, hat die Republik nicht vor ihre Entscheidung abzuwarten und sinnlos Zeit zu verlieren. In unserer Position ist im Unterschied zu ukrainischen alle klar, verständlich und transparent: wir unterstützen weiter die Minsker Vereinbarungen und gehen weiter auf dem vom Volk des Donbass gewählten Weg.

de.rt.com: **US-Geheimdienstkreise: China soll Angriff auf US-Flugzeugträger simuliert haben**

Nachdem die USA einen Flugzeugträger ins Südchinesischen Meer entsandten, habe China angeblich einen Angriff auf ihn simuliert. Die Lage zwischen China und dem Westen könnte sich nach der Ankündigung Großbritanniens, den Beitritt zum Freihandelsabkommen TPP anzustreben, zudem weiter verschärfen.

Die chinesische Luftwaffe soll laut Financial Times am 23. Januar, also drei Tage nach Joe Bidens Amtsantritt, bei einem Eindringen in Taiwans Luftraum Angriffe auf einen US-Flugzeugträger simuliert haben. Die Financial Times beruft sich dabei auf Geheimdienstquellen: "So konnten Cockpit-Gespräche der Piloten der chinesischen H-6 Bomberflugzeuge mitgehört werden, in denen diese Befehle für die Simulation der Zielerfassung und das Auslösen von Raketenstarts gegen den Flugzeugträger bestätigten." Das Indopazifische Kommando der USA, welches die Militäreinsätze in Asien betreut, teilte mit, man habe das chinesische Manöver genau beobachtet, es hätte aber "zu keiner Zeit" eine Bedrohung für die US-Schiffe bestanden.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee (PLA) teilte am 27. Januar mit, dass sie eine Reihe von Übungen im Südchinesischen Meer gestartet hatte. Chinesische Beobachter kommentierten, das jüngste Militärmanöver wäre eine routinemäßige Übung gewesen und hätte womöglich nicht mit den jüngsten Aktivitäten eines US-Flugzeugträgers in der Region zusammengehangen, berichtet die chinesische Zeitung Global Times.

China werde von Mittwoch bis Samstag Militärübungen in den Gewässern westlich der Halbinsel Leizhou im Südchinesischen Meer abhalten, und anderen Schiffen sei in diesem Zeitraum die Einfahrt untersagt, meldete Global Times am 27. Januar. Die PLA müsse regelmäßig Übungen durchführen, und daher solle diese Ankündigung einer Navigationsbeschränkungszone Unfälle verhindern, sagte ein chinesischer Militärexperte der Global Times. Die USA hätten ihre Aufklärung der PLA-Übungszonen aus nächster Nähe durchgeführt und seien sogar in jene Zonen eingedrungen, in denen somit Zusammenstöße riskiert worden wären.

Angesichts zunehmender Spannungen zwischen China und Taiwan entsandten die USA kürzlich einen Schiffskonvoi mit dem Flugzeugträger USS Theodore Roosevelt in das Südchinesische Meer. Das Indopazifische Kommando der Vereinigten Staaten teilte in einer Erklärung am 24. Januar mit, die Flugzeugträgerkampfgruppe sei in das Südchinesische Meer eingelaufen. Kurz zuvor hatte Taiwan gemeldet, chinesische Bomber hätten den von Taiwan kontrollierten Luftraum seiner Luftverteidigungszone über dem Südchinesischen Meer überflogen.

Mitten im wachsenden Konflikt zwischen China und den USA um die Inselgruppe von Taiwan teilte unlängst Australien mit, dass weiterhin australische Militärschiffe und Flugzeuge im Südchinesischen Meer patrouillieren würden, da China davor gewarnt hätte, dass eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans "Krieg bedeuten" würde. Nachdem China die "Unabhängigkeitskräfte" in Taiwan davor gewarnt hatte, mit dem Feuer zu spielen, verfolge die australische Regierung die Entwicklungen in der Region aufmerksam, berichtete The Guardian.

Außerdem kündigte Großbritannien in der Nacht zum Sonntag an, dass das Land den Beitritt zum Freihandelsabkommen TPP anstrebe. Ein Jahr nach seinem EU-Austritt wolle sich Großbritannien nun um die Aufnahme in das Abkommen der Pazifikanrainernstaaten

bewerben, teilte die britische Regierung mit. Zu den Mitgliedern dieses 2018 in Kraft getretenen "Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership" (TPP) gehören unter anderen Japan, Kanada, Australien, Neuseeland, Mexiko, Singapur und Vietnam. Donald Trump zog zu seiner Zeit als US-Präsident die USA aus den TPP-Verhandlungen der Obama-Ära zurück. Dieses Freihandelsabkommen soll vor allem unter Ausschluss von China eine wirtschaftliche Führung des Westens in der Region fördern. Mit dem neuen Schritt der britischen Regierung dürften sich allerdings die Fronten zwischen dem Westen und China weiter verhärten. China unterzeichnete seinerseits kürzlich – zusammen mit 14 anderen asiatisch-pazifischen Staaten – das weltweit größte Freihandelsabkommen, das als RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) bekannt ist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6017c69748fbef27ae15c6a6.JPG>

Armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 1. Februar 2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **fünfmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**.

So haben Kämpfer in **Richtung Mariupol** von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen 16 Mörsergeschosse mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 120mm-Mörser auf **Leninskoje** abgefeuert, auf **Kominternowo** wurden sechs Granaten mit Antipanzergrenatwerfern abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 36. und der 56. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** in den Gebieten von Wodjanoje und Peski durchgeführt.

Die Verteidiger der Republik sind auf die Provokationen nicht eingegangen, halten das Regime der Feueinstellung streng ein und beobachten weiter den Gegner.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Bereichsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfern zu verhindern.

In den letzten 24 Stunden wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **zwei Schützenpanzer** aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade der BFU **in der Nähe von Wohnhäusern** am nördlichen Rand von Nowomichajlowka stationiert sind.

ukrinform.de: **Selenskyj: Wenn ich damals Präsident gewesen wäre, hätten wir keine**

„grünen Männchen“ auf die Krim gelassen

Präsident Wolodymyr Selenskyj sei überzeugt, dass die sogenannten russischen „grünen Männchen“ die Krim nicht betreten hätten, wenn er im Februar 2014 der Präsident gewesen wäre.

Das erklärte er in einem Interview in der Axios-Sendung für den amerikanischen Fernsehsender HBO, dessen vollständiger Text am Montag vom Pressedienst des Präsidenten veröffentlicht wurde, berichtet Ukrinform.

„Aber Entschuldigung, wenn ich damals Präsident gewesen wäre, wären wir alle dort auf der Krim gestorben, aber wir hätten die „grünen Männchen“ nicht dorthin gelassen. Und wenn wir keine „grünen Männchen“ dorthin gelassen hätten, hätte Russland den Separatisten nicht helfen könnten und wäre nicht in der Ostukraine“, sagte Selenskyj.

Er betonte, dass es jetzt wichtig sei, ein internationales Format für die Befreiung der Krim zu schaffen.

Wie berichtet, hatte Russland am 20. Februar 2014 eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine begonnen und einen Teil ihres Territoriums - die Krim - besetzt. Anschließend besetzten reguläre russische Truppen und von Russland unterstützte Freischärler Teile der ukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk.

Am 23. September stellte ukrainischer Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj in den Vereinten Nationen das Konzept der Krim-Plattform vor und lud internationale Partner ein, sich dieser Initiative anzuschließen, um die Bemühungen zur Befreiung der Krim zu vereinen. Während des Gipfeltreffens Ukraine-EU am 6. Oktober bekräftigte die Europäische Union ihre Bereitschaft zu einer solchen Initiative. Die Ukraine vereinbart gegenwärtig diese Frage auf der Ebene der nationalen Regierungen der EU-Länder.

Das Gipfeltreffen der „Krim-Plattform“ mit der Teilnahme der Spitzenpolitiker anderer Länder findet am 23. August 2021 statt.

Die Krim-Plattform ist ein neues Konsultations- und Koordinierungsformat, das von der Ukraine initiiert wurde, um die Wirksamkeit der internationalen Reaktion auf die Besetzung der Krim, der Antworten auf wachsende Sicherheits Herausforderungen, den internationalen Druck auf Russland zu erhöhen und weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, die Opfer des Besatzungsregimes zu schützen und das Hauptziel - die Befreiung der Krim und ihre Rückkehr in die Ukraine – zu erreichen.

Es wird erwartet, dass die Plattform auf mehreren Ebenen funktionieren wird: der Staats- und Regierungschefs; der Außenminister; in der Dimension der interparlamentarischen Zusammenarbeit und im Format eines Expertennetzwerks.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_02/thumb_files/630_360_1612177599-480.jpeg

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M.

Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade das Gebiet von **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Granatwerfern beschossen und sechs Granaten abgefeuert.

Verluste unter dem Personal und Zerstörungen ziviler Infrastruktur gibt es nicht.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationieren die BFU weiter **Waffen und Militärtechnik in Wohngebieten** von Ortschaften auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium .

So haben wir in Solotoje die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet von Wohnhäusern festgestellt. Einwohner von Solotoje haben sich mehrfach mit Beschwerden über rechtswidrige Aktivitäten von Soldaten an das Brigadekommando gewandt, bisher wurde die Technik nicht aus der Ortschaft abgezogen. Eine Initiativegruppe aus örtlichen Einwohnern hat eine kollektive Eingabe an die sogenannten Lugansker Oblastverwaltung und die Administration des Präsidenten der Ukraine geschickt.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng den geltenden Waffenstillstand ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

Um die Stationierung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Ortschaften zu verheimlichen, **behindern die Kämpfer weiter das Monitoring der OSZE-Mission** unter Einsatz von Drohnen.

Nach Angaben unserer Quellen im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ hat der Kommandeur des 39. Abwehrraketenregiments nach einer systematischen Erfassung von Technik der 92. und 59. Brigade den Auftrag erhalten, die Stationierung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen der 59. und 92. Brigade zu decken. Auf den Routen der Kolonnen wurden Patrouillen eingerichtet und die Luftabwehrmannschaften haben die Anweisung, im Fall, dass Drohnen der OSZE im Luftraum auftauchen, diese unverzüglich zu vernichten. Für jede abgeschossene Drohne wurde eine Prämie von 5000 Griwna ausgeschrieben. ...

de.rt.com: **Bundesregierung: Halten trotz französischer Appelle an Nord Stream 2 fest**

Ein französischer Staatsminister hatte sich dafür ausgesprochen, den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 als Reaktion auf angebliche Menschenrechtsverstöße im Umgang Russlands mit dem Aktivisten Nawalny einzustellen. Berlin reagierte blitzschnell auf diesen Vorstoß. Eine Sprecherin der Bundesregierung erklärte, dass Berlin an Nord Stream 2 festhalten werde. Zuvor hatte Frankreich ins Gespräch gebracht, das Pipelineprojekt als Reaktion auf angebliche Menschenrechtsverstöße in Russland einzustellen. Auch das EU-Parlament hatte sich bereits in einer nicht verbindlichen Resolution für einen Stopp des Projektes ausgesprochen.

Die Bundesregierung habe bereits "betont, dass sich ihre grundsätzliche Haltung nicht geändert hat", erklärte Martina Fietz als stellvertretende Regierungssprecherin am Montag. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes fügte hinzu, dass der Bundesregierung die Haltung in Paris zu der Frage bekannt sei. Die Bundesregierung pflege einen "sehr engen Austausch" mit der französischen Seite.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/60180f6cb480cc5917274e2d.jpg>

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR wurde heute mit dem russischen Impfstoff „Sputnik V“ gegen die Coronavirusinfektion geimpft.

de.rt.com: **Kremlsprecher über Proteste in Russland: Keine Gespräche mit Hooligans und Provokateuren**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat das Vorgehen der Polizei bei den Protestaktionen am 31. Januar in Russland unterstützt. Jedoch sei es nötig, einzelne Fälle von Gewaltanwendung durch die Polizei gründlich unter die Lupe zu nehmen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Protestaktionen, die am 31. Januar in mehreren russischen Städten stattgefunden hatten und bei denen rund 5.000 Menschen festgenommen worden waren, als illegal. "Natürlich trifft die Polizei Maßnahmen gegen die Teilnehmer dieser illegalen Aktionen, daher kommt die Zahl der Festgenommenen", sagte Peskow am Montag zu Journalisten.

"Wir haben gesehen, dass an dieser Aktionen ziemlich große Zahl von Hooligans und Provokateuren mit mehr oder weniger aggressivem Verhalten gegenüber der Polizei teilnahmen, was unzulässig ist", betonte der Kremlsprecher.

"Mit Hooligans und Provokateuren darf es natürlich keine Gespräche geben."

Zudem wies er darauf hin, dass den Bürgern alle "Instrumente zur Äußerung ihrer Meinung im Rahmen des Gesetzes zur Verfügung stehen". Illegale und gesetzwidrige Aktionen seien für diese Zwecke unzulässig, so Peskow.

Auf die Frage über die Gewaltanwendung durch die Polizei gegen die Protestler sagte Peskow, dass jede solche Handlung als Einzelfall betrachtet werden soll. "Es gibt hier keine allgemeine Tendenz." Er betonte, dass aggressives Verhalten gegenüber den Polizisten unzulässig ist.

Peskow äußerte sich auch zu den Aufrufen des Antikorruptionsfonds (FBK) des Oppositionellen Alexei Nawalny an den US-Präsidenten Joe Biden, Sanktionen gegen mehrere russische Beamte und Geschäftsleute zu verhängen. Dem Kremlsprecher zufolge hat der FBK dadurch "seinen Status als ausländischer Agent bewiesen".

Unter anderem kommentierte der Kremlsprecher auch das Anwesen am Schwarzen Meer, von dem der russische Unternehmer Arkadi Rotenberg am Samstag behauptet hatte, er sei dessen Besitzer. Peskow betonte, er habe keine Informationen, ob Präsident Wladimir Putin den Baukomplex je besuchte. "Ich habe keine Angaben, dass er private Baustellen besucht", sagte Peskow.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/60180b97b480cc5917274e28.jpg>

abends:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainische militärisch-politische Führung unterlässt die Versuche nicht, den Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu sabotieren, wobei sie fälschlich die Schuld dafür auf die Volksrepubliken schiebt.

Nach unseren Informationen bereitet die Ukraine im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe, in der eine weitere Etappe der Verhandlungen stattfinden soll, und des Besuchs des französischen Präsidenten Emanuel Macron, die außerdem ein Mitglied des Normandie-Formats ist, in Kiew eine Provokation vor.

So hat unsere Aufklärung die operative Information erhalten, dass an den Stationierungsorten der 72., 53. und 28. mechanisierten Brigade sowie der 36. und 35. Marineinfanteriebrigade journalistische Filmteams der ukrainischen Fernsehsender „1+1“, „5. Kanal“, „ICTV“, „Inter“ und „UA Donbass“ eingetroffen sind, um Reportagen von der Kontaktlinie und über Beschüsse von Seiten der Volksmiliz zu erstellen.

Die Journalisten werden von Spezialisten einer gemischten Abteilung des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen sowie von Spezialisten des technischen Dienstes begleitet, letztere haben die Aufgabe, die Imitation von Detonationen auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu imitieren.

Nach vorliegenden Informationen wurden als Gebiete für die Imitationen folgende Positionen gewählt:

- 72. mechanisierte Brigade im Gebiet von Awdejewka;
- 53. mechanisierte Brigade im Gebiet von Starognatowka;
- 28. mechanisierte Brigade im Gebiet von Marjinka;
- 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje;
- 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Jushnoje;
- 80. Luftsturmbrigade im Gebiet von Nowoluganskoje.